

"Wahllos" Arbeit zugewiesen

Bundesrechnungshof kritisiert Ein-Euro-Jobs / Regionale Argen: Es geht nicht um Qualifizierung

Von Linda Fischer

HAGEN. Laut einem internen Bericht des Bundesrechnungshofs führen Ein-Euro-Jobs viel zu oft nicht zu der gewünschten Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.

Wie die Süddeutschen Zeitung berichtet, der der interne Bericht vorliegt, kritisiert der Rechnungshof, dass Langzeitarbeitslosen in den Jobcentern „meist wahllos Arbeitsgelegenheiten“ zugewiesen werden, die nicht geeignet seien, ihre Chancen „auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen“. Hilfsbedürftige würden nicht beraten und es würden keine individuellen Ziele für die Teilnahme festgelegt. Zudem schädigten Ein-Euro-Jobs den ersten Arbeitsmarkt sogar, wenn ungeforderten Unternehmen Konkurrenz gemacht werde.

Laut SZ führen die Prüfer des Bundesrechnungshofes dafür viele Beispiele auf: Arbeitslose seien unter anderem eingesetzt worden, illegalen Müll zu beseitigen, beim Umzug eines städtischen Bauhofs zu helfen oder Nasszellen im Altenheim zu reinigen -

Arbeiten, die eigentlich höher-bezahlte Kräfte erledigen.

Regionale Argen finden die Kritik „zu pauschal“. „Unshat man nicht geprüft, und ich kann definitiv sagen, dass es bei uns anders aussieht“, sagt etwa Friedrich Hahne, Bereichsleiter Markt und Integration bei der Arge Märkischer Kreis.



Harken zum Wohle der Allgemeinheit: Ein-Euro-Jobs stehen in der Kritik, nicht auf den ersten Arbeitsmarkt zu führen. Foto: dapp

Jede Stelle für Ein-Euro-Jobber werde überprüft und müsse etwa vom Personalrat des jeweiligen Anbieters abgesegnet sein. „Damit stellen wir eine Wettbewerbsneutralität sicher, dass also die Ein-Euro-Jobs nur zusätzlich zu den normalen Stellen existieren.“

Die Chancen, die sich für Langzeitarbeitslose durch die-

se Jobs auf dem Arbeitsmarkt ergeben, schätzt er gering ein. Nicht, weil schlecht vermittelt würde: „Es geht ja gar nicht darum, die Kunden zu qualifizieren, jedenfalls nicht, wenn sie über 25 sind. Wir schaffen Arbeitsgelegenheiten für arbeitsmarktfremde Personen.“ Sie sollen beschäftigt werden und sich überhaupt wieder an einen geregelten Tagesablauf und ein soziales Gefüge gewöhnen. „Die Forderung nach einer Integration in den Arbeitsmarkt ist völlig daneben.“

Das sieht Thorsten Opel genauso. Der Sprecher der Arge in Hagen glaubt, dass die Kritik des Rechnungshofes an der Realität vorbei gehe, weil die Erwartungen an die Jobs zu hoch sind: „Sie können nur der Anfang einer Kette von Maßnahmen sein.“ Die meisten Arbeitslosen seien sowieso zu hoch qualifiziert für solche Beschäftigungsmaßnahmen. Dennoch vermittelt die Arge in diesem Jahr etwa 570 Ein-Euro-Jobs. Und die würden genau geprüft: „Verdrängungseffekte sind unwahrscheinlich. Das ist ein Ausschlusskriterium für die Maßnahme.“